



Berlin, 14. Dezember 2006

Empörung in der Polizei:

Weiteres Desaster bei Polizei-Digitalfunk

Berlin. „Das vorläufige Scheitern der Einführung des Digitalfunks für die Polizei bedeute eine nicht unerhebliche Sicherheitslücke in Deutschland“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach dem Bekanntwerden der fehlgeschlagenen Beratungen zwischen Bund und Ländern. Das unrühmliche Ende der anfänglich fortschrittlichen und zukunftsgerichteten Einführung eines von allen Behörden mit Sicherheits- und Ordnungsaufgaben genutzten Digitalfunks ließe jetzt die Sicherheitsbehörden in der Steinzeit der elektronischen Kommunikation verharren. Die GdP bezweifle, dass der von Bund und Ländern weiterhin angestrebte Termin der Einführung im Jahr 2010 noch zu halten sei. Auch ein Auseinanderdriften der Länder sei denkbar: „Jetzt wird jeder prüfen, ob er seine eigene Technik etablieren kann.“

Die Serie der Pannen und Peinlichkeiten bei Großprojekten unter Regierungsaufsicht, so der GdP-Vorsitzende, reiße nicht ab. Der nicht enden wollende Hickhack um den so genannten BOS-Digitalfunks reihe sich nahezu nahtlos an die sehr problembehaftete Einführung des polizeilichen Informationssystems „inpol-neu“ und der Installation des LKW-Mautsystems. Schon dort habe die Regierung durch wenig systematisches Arbeiten die Großprojekte unnötig verzögert.

Fest stehe, so Freiberg, die Polizei müsse nun weiter mit einem Funksystem arbeiten, das störanfällig ist, weiterhin nicht abhörsicher sei und in der technischen Unterhaltung hohe Kosten verursache. Viele Kolleginnen und Kollegen müssten sogar ihre Privat-Handys benutzen. Freiberg: „Deutschland darf nun noch länger den zweifelhaften Ruhm auskosten, neben Albanien das einzige Land Europas zu sein, in dem die Polizei noch mit museumsreifer Funk-Technik arbeiten muss. Das ist schlicht empörend und wirft auf den Wirtschaftsstandort Deutschland einen dunklen Schatten.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190

Staatssekretäre der Innenministerien von Bund und Ländern: Digitalfunk für Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste soll 2010 flächendeckend eingeführt sein

Die Angebote der Bahn sind weder tragfähig noch verhandlungsfähig

Die Staatssekretärin und die Staatssekretäre haben im Lenkungsausschuss für den Digitalfunk BOS heute folgendes beschlossen:

Der Lenkungsausschuss

1. bekräftigt das Ziel von Bund und Ländern, spätestens bis Ende 2010 bundesweit einheitlich die Funkversorgung der BOS auf digitaler Basis eingeführt zu haben;
2. stimmt der Bewertung des BMI zu, dass das Angebot der Bahn vom 30.11.2006 und das ergänzende Angebot vom 12.12.2006 aus inhaltlichen Gründen, aber auch unter preislichen und Kostenaspekten sowie der veränderten Risikoverteilung weder tragfähig noch verhandlungsfähig ist;
3. hält es für erforderlich, das vom BMI vorgelegte „Alternative Konzept“ umgehend inhaltlich und kostenmäßig weiter zu entwickeln, damit eine abschließende Entscheidung von Bund und Ländern bis spätestens 31.03.2007 getroffen werden kann, und sieht auch für das alternative Modell als grundlegende Voraussetzungen an:
 - gemeinsame und einheitliche Einführung bei Bund und allen Ländern
 - Einhaltung einheitlicher Funkstandards
 - Kostenrahmen auf der Grundlage der STEM-Kalkulation
 - Beibehaltung der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Kostenverteilung
4. nimmt die Absicht des BMI zustimmend zur Kenntnis, umgehend mit dem Aufbau einer Referenzplattform zu beginnen, um so schnell wie möglich die technischen und praktischen Grundlagen für die Errichtung des Gesamtnetzes zu schaffen.



 [nach oben](#)

[nach oben](#) 